hatten, waren wichtige Voraussetzungen für eine rasche Überwindung der demographischen Folgen gegeben, die sich auch in der Wirtschaftsentwicklung niederschlagen mußten. Zwischen 1650 und 1750 wuchs die Bevölkerungszahl von etwa 500 000 auf 1,3 Millionen an, obgleich am Beginn der 80er Jahre das Land nochmals von einer Pestwelle heimgesucht wurde, die insbesondere in den Städten tiefe Spuren hinterließ.[7]

Zu den Begünstigungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung zählt die bereits nach der Schlacht am Weißen Berg (1620) einsetzende, vornehmlich aber erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts wirksamer in Erscheinung tretende Zuwanderung von böhmischen Exulanten. Auch wenn die tatsächliche Anzahl der neuen Landesbewohner nicht exakt zu ermitteln ist, so geht doch die Gründung von etwa 150 dörflichen Siedlungen in den höheren Regionen des Vogtlandes, des Erzgebirges und der Oberlausitz auf diese böhmischen Handwerker, Bauern, Bergleute und Lohnarbeiter zurück. Zusammen mit der Gründung von Johanngeorgenstadt (1654) bedeutete dies eine Siedlungsverdichtung im Kammgebiet des Mittelgebirgsraumes. Auch einige Städte – von Plauen über Schneeberg bis Zittau – haben Flüchtlinge aufgenommen.[8]

II

Sachsen trat mit einer gut entwickelten **Landwirtschaft** in das 17. Jahrhundert ein, in der der bäuerliche Hufenbetrieb die dominierende Rolle spielte; er wurde von landesherrlichen Kammergütern und adligen Rittergütern flankiert. Getreide- und Flachsanbau prägten vor allem in den mittleren und nördlichen Landesteilen das Profil dieses Wirtschaftsbereiches. Vielfach betrieben die Rittergüter ausgedehnte Schäfereien. Unter Kurfürst August hatten sich einige Kammergüter zu Musterwirtschaften entfaltet. Die sächsischen Bauern waren feudal abhängig (leistungspflichtig), persönlich allerdings frei. Nur in der seit 1635 zu Sachsen gehörigen Oberlausitz war die Gutsherrschaft verbreitet, die die Bauern fester an die Feudalen band.

Der Dreißigjährige Krieg hat die Landwirtschaft zwar regional unterschiedlich, insgesamt aber überaus heftig getroffen, da dörfliche Siedlungen, Äcker, Wiesen und Waldareale sowie Vieh und Arbeitsgeräte ungehindert den Zerstörungen ausgesetzt waren. Plünderungen der Ernteerträge und der Abriß der Marktkontakte ließen die finanziellen Rücklagen der Bauern schmelzen und schränkten so die agrarischen Bewegungsspielräume erheblich ein. Nach dem Krieg fehlten in den Grundherrschaften häufig die Arbeitskräfte; dies veranlaßte den Adel, Zuflucht zur Erhöhung der feudalen Leistungen, insbesondere der Arbeitsrenten, zu nehmen, um möglichst hohe Erträge ihrer Güter auf den Markt bringen zu können. Die Schwächung der bäuerlichen Gemeinden wurde von den Grundherren genutzt, die feudalen Lasten – u. a. Fuhrfronleistungen – zu steigern und verschiedentlich auch bäuerliche Nutzflächen an die Eigenwirtschaften der Herren anzuschließen.[9] Obgleich von »Bauernlegen« – wie in Ostelbien üblich – in Kursachsen nicht gesprochen werden kann, war doch 1669 die Erneuerung eines landesherrlichen Mandats erforderlich, das feudalen und bürgerlichen Interessenten die Aneignung bäuerlicher Erbgüter verbot. Insgesamt wurde das feudale Belastungsniveau des 18. Jahrhunderts nach dem großen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id358710057/17 DRESDNER GESCHICHTSVEREIN e.V.